

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300211/11 - Ha

Linz, am 26. November 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz über die Sicherheit
in den Bundestheatern und die Auf-
hebung disziplinarrechtlicher so-
wie theaterpolizeilicher Bestim-
mungen für den Betrieb der Bundes-
theater (Bundestheatersicherheits-
gesetz - BThSG);

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	67 GE 986
Datum:	2. DEZ. 1986
Verteilt:	4. 12. 1986 Rodner

J. Bonier

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Österreichischen Bundestheaterverband versandten
Gesetzentwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Jeles

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300211/11 - Ha

Linz, am 26. November 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz über die Sicherheit
in den Bundestheatern und die Auf-
hebung disziplinarrechtlicher so-
wie theaterpolizeilicher Bestim-
mungen für den Betrieb der Bundes-
theater (Bundestheatersicherheits-
gesetz - BThSG);

Zu GZ 1867/86 vom 16. September 1986

An den

Österreichischen Bundes-
theaterverbandGoethestraße 1
1010 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 16. September 1986 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

Zu Art. I § 1 Abs. 1:

Durch die Novelle zum Bundesverfassungsgesetz, BGBl.Nr. 490/
1984, sind alle Bauangelegenheiten der Bundestheater gemäß
Art. 15 Abs. 1 B-VG in die Zuständigkeit der Länder gefal-
len. Zur Klarstellung sollte der in die Erläuterungen aufge-
nommene diesbezügliche Hinweis in den Gesetzestext aufge-
nommen werden.

Zu Art. I § 1 Abs. 2:

Aus Art. 102 ff. B-VG ergibt sich, daß in der mittelbaren
Bundesverwaltung der Instanzenzug in der Regel zweigliedrig
ist; vgl. Antonioli-Kroja, Allgemeines Verwaltungsrecht,
Manz-Verlag Wien, 1986, S. 386. Wenngleich gegen ein Gesetz,

das einer Behörde die Entscheidung in erster und zugleich letzter Instanz überträgt, nach Auffassung des VfGH keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen (vgl. VfSlg. 4077, 5396, 5651, 6429, 7038) sollte nach h. Auffassung im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung der Instanzenzug, wenn überhaupt, dann doch nur möglichst wenig ausgeschlossen werden. Die in den Erläuterungen angeführte Notwendigkeit, eine rasche und endgültige Entscheidung herbeizuführen, scheint nach h. Auffassung der Ausschluß des Instanzenzuges nicht zu rechtfertigen.

Zu Art. I § 4:

Gemäß den Ausführungen in den Erläuterungen sollen im Hinblick auf die große Zahl der Besucher und die notwendige Umgestaltung großer Teile des Theatergebäudes alle Ballveranstaltungen bewilligungspflichtig sein, um auf diese Weise, allenfalls durch Setzung entsprechender Auflagen, die Sicherheit in den Bundestheatern auch für diese Veranstaltungen zu gewährleisten.

Die Kompetenz zur Regelung, daß Ballveranstaltungen keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für die Sicherheit einzelner Personen hervorrufen, liegt gemäß Art. 15 Abs. 1 und 3 B-VG bei den Ländern. Eine diesbezügliche Regelung kommt daher dem Bund nicht zu.

Zu Art. I § 5:

Im Hinblick auf die ständige Rechtssprechung des VfGH (vgl. VfSlg. 3317, 4020, 4287, 4293, 4340) und des VwGH (vgl. VwSlg. NF 6250 A), wonach die Verwaltungsbehörden durch das Gesetz nicht zu einem Handeln ermächtigt werden dürfen, das inhaltlich nicht hinreichend vorherbestimmt ist, erscheint die gegenständliche Bestimmung, mit der lediglich normiert wird, daß Bedingungen und Auflagen erteilt werden können, zu wenig determiniert.

Zu Art. I 5 6:

Diese Bestimmung soll dem Bundesminister für Bauten und Technik offenbar eine Art "Kompetenzkompetenz" einräumen. Dies erscheint verfassungsrechtlich bedenklich, zumal die Festlegung, was Angelegenheit "im Sinne dieses Bundesgesetzes", und somit gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 3 B-VG ist, doch wohl nicht vom zuständigen Bundesminister erfolgen kann.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

